

## PROSTITUTION

# Outcoming



**Erstmals wurde eine Studie über die Prostitution erarbeitet. Sie skizziert das soziale Umfeld der Frauen und zeugt von rechtlichen Grauzonen.**

"Belinda's Appartement: Vier bis fünf sexy girls erwarten dich! Privat und diskret. Von zart bis hart", lautet eine der Erotikanzeigen im Luxbazar, die sich auf über zehn Seiten verteilen und mit Fotos von nackten Frauen in aufreizenden Posen flankiert werden.

Das Geschäft mit der Lust blüht. Und das, obwohl die Prostitution in öffentlichen Einrichtungen in Luxemburg verboten ist. In Artikel 6 der New Yorker Konvention, die Luxemburg ratifiziert hat, heißt es: "Les Etats parties prennent toutes les mesures appropriées, y compris les dispositions législatives, pour réprimer, sous toutes ses formes, le trafic des femmes et l'exploitation de la prostitution des femmes."

"Die Prostitution an sich ist nicht illegal, auch der Kunde verstößt gegen kein Gesetz - aber alles drum herum ist strafbar", sagt Ramon Cremmer, Commissaire en chef bei der Polizeisektion "moeurs" und verweist auf Artikel 379 des Code pénal. "Wenn jemand einer Prostituierten ein Zimmer vermietet und weiß, dass das Mädchen sich prostituiert, dann gilt derjenige als Zuhälter, was einen Straftatbestand darstellt." Auch Bordelle sind in Luxemburg verboten, die Prostitution in öffentlichen Einrichtungen wie den Cabarets ist untersagt. Einzig der Straßenstrich wird toleriert. Er wurde aufgrund von Bürgerprotesten 2001 von der rue Joseph Junck in einen weniger dicht bewohnten Bezirk in die rue d'Alsace sowie die rue Wenceslas verlegt, wo er zwischen 20.00 und 3.00 Uhr nachts praktiziert werden darf.

Um dem Unsichtbaren eine Gestalt zu geben, hatte das Gleichheitsministerium in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz, erstmals eine so genannte Kartographie der Prostitution erstellen lassen: Nicht nur zahlenmäßig sollte die Prostitution eruiert werden, mittels eines Fragekataloges sollten auch Aspekte wie Alter, Herkunft, Ausbildung sowie das soziale Umfeld, der Zugang zu Gesundheitsvorsorge und Zukunftsvorstellungen ergründet werden.

## Verlagerung in Wohnungen

Letztlich hätten sich nur 30 Prostituierte - neben 25 Frauen auch drei Transsexuelle sowie zwei Transvestiten - bereit erklärt, die Fragebögen auszufüllen, stellen die beiden Autorinnen der Studie Fabienne Rossler und Claire Rodesch fest. "Es war schwer, in das Milieu hineinzukommen. Wir haben uns Hilfe beim Drop-In geholt, die soziale Anlaufstelle für Prostituierte, deren Mitarbeiter auch Streetwork im Milieu machen", sagt Rossler. Somit sei die Auswertung quantitativ - wegen der wenigen Teilnehmer - als

auch zeitlich - die Umfragen wurden in dem kurzen Zeitrahmen von drei Monaten gemacht - nicht repräsentativ. Neben Gesprächen mit Prostituierten, hätten auch Informationen von Ärzten, Sozialstellen oder der Polizei sowie eine Ilres-Internetstudie dazu beigetragen, sich ein Bild von der Lage zu machen.

Ein Ergebnis der Studie besagt, dass die Prostitution auf dem Straßenstrich rückläufig sei, zugunsten von eher versteckten Formen von Prostitution, die sich in Massagesalons, Begegnungen über Internet oder Anzeigen in Zeitungen abspiele. Viele Straßenprostituierte hätten sich in Wohnungen zurückgezogen. Dabei teilten sich die Frauen oft eine Wohnung zu mehreren, was die Kosten senkt und verhindert, dass eine Frau mit einem Kunden allein ist. "In den Wohnungen ist den Frauen nichts nachzuweisen", sagt Rodesch. "Die Polizei kontrolliert zwar regelmäßig, auch um Frauenhandelringe aufzudecken." Ein weiterer Grund für diese Verlagerung könnte sein, dass die Frauen in den Wohnungen fast das Doppelte verdienen: Während der durchschnittliche Tagessatz einer Straßenprostituierten bei 250 Euro liege, situiere er sich in den Wohnungen um die 600 Euro.

Was die Anzahl der Prostituierten anbelangt, sind die Angaben der Studie sehr unterschiedlich: Während das Drop-In von 1.500 Frauen spricht, verzeichnet die Polizei nur rund 400. "Es ist schwer, genaue Angaben zu machen", so Rodesch. "Wir hatten den Eindruck, dass das Drop-In einige Kontakte vielleicht auch zweimal gezählt hat. Andererseits stehen sie auch in Verbindung zu Gelegenheitsprostituierten, die die Polizei kaum erfasst." Was die Nationalitäten anbelangt, seien dem Drop-In zufolge 76 Prozent der Prostituierten Ausländer. Viele kämen aus Osteuropa, Asien, Afrika oder Lateinamerika. Einige reisten ohne Papiere oder nur mit einem Touristenvisum ein, blieben drei Monate bleiben und zögen dann weiter. Diese Frauen seien vor allem in den Wohnungen aktiv, aus Angst, auf dem Straßenstrich kontrolliert zu werden.

## Schwerer Ausstieg

In Deutschland gehen Ermittler davon aus, dass es sich bei der Zwangsprostitution um ein Massenphänomen handelt, rund 95 Prozent der Frauen seien Zwangsprostituierte, arbeiteten also nicht selbst bestimmt und auf eigene Rechnung. Cremmer geht davon aus, dass die Situation in Luxemburg nicht ganz so dramatisch ist. "Aber es ist klar, dass es Zuhältere bei uns gibt." Bei den Frauen selbst gaben 27 von 30 Interviewten an, dass finanzielle Aspekte sie zur Prostitution drängten, darunter einige, die auch einer Arbeit nachgehen oder den RMG haben, deren Einkommen jedoch nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Auch verdienen die Frauen teilweise sehr gut: So seien nach Angaben der Befragten die Preise für den käuflichen Sex in Luxemburg um 80

Prozent höher als in den angrenzenden Nachbarländern. Dann gibt es jene, die sich prostituieren, um sich ihren Stoff beschaffen zu können. "Ich würde sagen, ein gutes Drittel der Prostituierten sind Drogenabhängige", meint Rossler. Sie werden von den anderen Prostituierten nicht so gerne gesehen.

"Es ist wie ein Teufelskreis, die Frauen geraten in die Prostitution, arbeiten eine Zeit lang, auch weil sie relativ gut verdienen. Mit zunehmendem Alter jedoch und mangels anderer beruflicher Erfahrung, wird es schwer auszusteigen und eine normale Anstellung zu finden", so Rossler. Hier müssten Anlaufstellen geschaffen werden, die den Frauen beim Ausstieg helfen. Problematisch sei insgesamt die soziale Absicherung einiger Frauen: Bedenklich sei, dass nur eine Minorität der Prostituierten eine Sozialversicherung habe.

Auch verfügten von den befragten Prostituierten nur zwei Drittel über eine Krankenversicherung. Zwar können die Frauen kostenlose medizinische Hilfsdienste wie den Planning Familial oder den Drop-In beanspruchen. Jedoch sei eine Weiterbetreuung nicht immer einfach. "Der Drop-In ist medizinisch unterbesetzt. Falls jemand etwa Hepatitis C hat, was eine extrem lange Behandlung erfordert, und über keine Mittel oder Krankenversicherung verfügt, wird es problematisch", meint Rossler.

## Schlechte Polizeiausbildung

Und dies in einem Milieu, das sehr gefährdet ist: So gab rund die Hälfte der Befragten an, Opfer körperlicher wie psychischer Gewalt seitens von Kunden geworden zu sein - wobei letztlich nur eine Minderheit der Frauen Klage eingereicht hat. Hier steht auch die Polizei in der Kritik: So gab Staatsanwalt Robert Biever zu bedenken, ob die Polizei überhaupt die nötige Ausbildung besitze, um in einem derart empfindlichen Milieu wie dem Bahnhofsbereich mit sozialen Problemen zu arbeiten. Gerade die Frauen auf der Straße bewerteten die Zusammenarbeit mit der Polizei als schlecht. Zuständig ist hier die Bahnhofspolizei, die mit allen Klagen aus dem Bezirk konfrontiert ist und eher eine Kontrollfunktion dahingehend hat, ob die Prostituierten sich an die Reglements halten. "Hier gibt es Frauen, die uns gesagt haben, dass sie respektlos behandelt wurden", sagt Rodesch. "Eine Frau erzählte uns, sie hätte einmal von einem Kunden eine Waffe an den Kopf gehalten bekommen, weil er ihre Tasche rauben wollte und daraufhin hätte sie die Polizei gerufen. Diese hätte geantwortet, dass das ihr eigenes Problem sei. Es sei halt Berufsrisiko." Dagegen erhielt die Abteilung der Sittenpolizei, die eher Kontrollen in den Cabarets und Wohnungen macht, um sexuellen Missbrauch sowie Zuhältere aufzudecken, eine bessere Benennung. "Um Zuhältere aufzudecken, hat die Sittenpolizei einen anderen Umgang mit den Frauen als die Bahnhofspolizei, die eher protokolliert" so Rossler.

Letztlich basiere bei beiden Abteilungen die Ausbildung jedoch vorwiegend auf der Polizeischule. Dazu kommt der Personalmangel: "Mit vier Leuten sind wir bei der 'moeurs' heillos überfordert. Wir können uns einfach nicht intensiv um einen Fall kümmern", stellt Cremmer fest. "Wenn wir eine Frau haben, die sich prostituiert, dann können wir erst in einem intensiven Gespräch herausfinden, ob sie eventuell unter Druck steht oder Angst hat, um dann Strukturen anzubieten wie ein Foyer d'accueil, medizinische oder psychologische Betreuung, die einen Ausweg aus dem System bieten."

Um dieses System zu optimieren, in das die Kartographie erstmals einen Einblick gewährt hat, steht denn auch wieder die Luxemburger Rechtslage zur Diskussion. Marie Josée Jacobs, Ministerin für Chancengleichheit, plädierte kürzlich für das als Pioniergesetz gehandelte "Verbot des käuflichen Erwerbs sexueller Dienstleistungen", das 1999 in Schweden eingeführt wurde: Hier wird der Sexkauf generell verboten und die Freier werden bestraft. Vorteilhaft an dieser Regelung ist, dass nicht die Frauen kriminalisiert werden und den Prostituierten den Ausstieg ermöglicht wird. Nachteilig ist, dass eine Bestrafung der Freier die Frauen noch mehr in die Illegalität drängen könnte, auch weil Sexkauf schwer beweisbar ist: Die Fahnder müssten den Kunden und den Anbieter auf frischer Tat ertappen, zugleich beweisen, dass für den Akt bezahlt wurde, also keine private Beziehung vorliegt. "Das ist hypokritisch", ereifert sich Xavier Bettel (DP), "Die Prostitution hat es immer gegeben und wer denkt, dass man sie durch einen Gesetzestext wegkommt, der träumt." Eine norwegische Studie habe gezeigt, dass das schwedische Modell ineffektiv und gefährlich sei, da man keine Handhabe mehr habe, wenn die Prostitution erst im Untergrund stattfindet. "Ich plädiere für ein Stundenhotel", stellt Bettel klar, auch wenn er sich noch vor nicht allzu langer Zeit für das Eroszentrum stark gemacht hatte. Vorteilhaft an einem Stundenhotel sei, dass die Frauen unabhängiger seien und nicht wie in einem Eroszentrum teure Miete bezahlen müssten: Im Stundenhotel bezahlt nämlich der Kunde die Miete.

Letztlich darf in der Diskussion um eine neue Rechtslage nicht vergessen werden, dass es weniger um Moral, als um den Schutz vor Kriminalität geht. Warum also sollte das angeblich älteste Gewerbe der Welt nicht gewerberechtlich konzessioniert werden? Wer dann noch in ein illegales Bordell geht, nimmt in Kauf, Frauen, die sich gegen ihren Willen prostituieren, vor sich zu haben. In Deutschland etwa vertritt die Gewerkschaft Verdi die Interessen der Prostituierten. Warum nicht ein Prostitutionsgesetz beschließen, das die Frauen in ihren finanziellen und versicherungsrechtlichen Belangen schützt?

Christiane Walerich